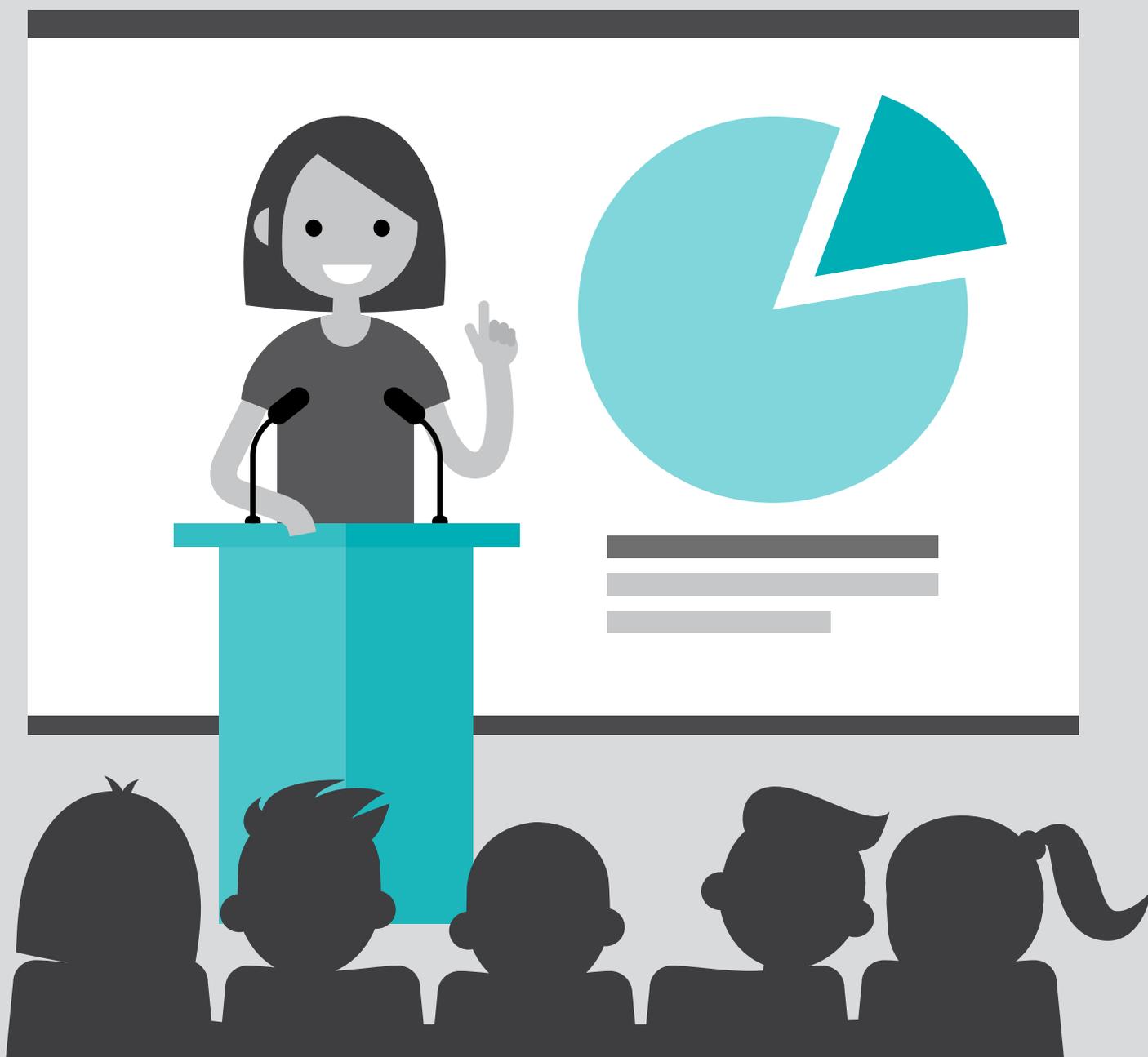


+ FINANZEN STEUERN

LEHRERHEFT
2018 | 2019

Grundlagen der Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitik



+ VORWORT	Grundlagen des Steuersystems und der Finanzpolitik	3
+ KAPITEL 1:	RUND UM STEUERN	4
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 4 bis 11</i>		
	Ein Geben und Nehmen.....	4
	Steuern mit System.....	5
	Steuergerechtigkeit.....	6
+ KAPITEL 2. TEIL 1:	DIE EINNAHMEN DES STAATES.....	7
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 12 bis 17</i>		
	Einkommensteuer	7
	Umsatzsteuer	8
	Kfz- und Energiesteuer.....	9
+ DER BUNDESHAUSHALT		10
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 18 bis 19</i>		
+ KAPITEL 2. TEIL 2:	DIE AUSGABEN DES STAATES.....	11
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 20 bis 25</i>		
	Familienpolitik und Altersvorsorge.....	11
	Bildungs- und Gesellschaftspolitik.....	13
	Gesundheits- und Umweltpolitik.....	14
+ KAPITEL 3:	EUROPÄISCHE FINANZPOLITIK	15
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 26 bis 29</i>		
	Die Wirtschafts- und Währungsunion und die Europäische Finanzpolitik	15
	Stabiler Euro und die Zukunft der WWU.....	16
	Der EU-Haushalt	17
+ KAPITEL 4:	INTERNATIONALE FINANZPOLITIK & STEUERABKOMMEN.....	18
<i>bezieht sich auf Schülermagazin, S. 30 bis 33</i>		
	Globale Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	18
	Die vernetzte Welt gestalten.....	19

+ IMPRESSUM

Herausgeber: Stiftung Jugend und Bildung, Wiesbaden, In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), Berlin

Fachliche Beratung: Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Pädagogische Beratung: Dr. Alexander Jehn (Präsident Stiftung Jugend und Bildung)

Redaktion: Eric Meyer, Charlotte Höhn (verantwortlich)

Redaktionsschluss: Oktober 2018

Texte: Susanne Becker, Eric Meyer

Verlag: Eduversum GmbH, Wiesbaden

Druck: REBIL GmbH, Aachen

Grafik: schimmelreiter gbr, Sandra-Charlotte von Opel; Wiesbaden

Bildnachweis: Titel: nadja_snopek, S.3: bakhtiarzein, Rücken: Jörg Rüger
Alle Rechte vorbehalten. Schulen können Exemplare in begrenztem Umfang kostenfrei anfordern: www.jubi-shop.de © Eduversum GmbH, 2018

Internet: www.bundesfinanzministerium.de | www.finanzen-und-steuern.de

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in dieser Publikation die männliche Sprachform („Bürger“) verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, sondern soll im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral verstanden werden.



+ GRUNDLAGEN DES STEUERSYSTEMS UND DER FINANZPOLITIK

Steuern begegnen uns täglich, jeder muss sie zahlen und profitiert gleichwohl von den Leistungen, die der Staat bereitstellt und mithilfe der Steuermittel finanziert. Insofern betrifft die Steuerpolitik jeden einzelnen Bürger unmittelbar. In einem demokratischen System haben alle Bürger die Möglichkeit, sich aktiv an den gesellschaftspolitischen Fragen, Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, dies setzt jedoch ein grundsätzliches Verständnis der Finanzpolitik und die Kenntnis der wesentlichen Aufgaben und beteiligten Institutionen voraus.

Die Unterrichtsmaterialien **Finanzen & Steuern** sollen jungen Menschen anschaulich und lebensnah Grundwissen zum komplexen deutschen Steuersystem, zur Steuerpolitik und dem Finanzhaushalt der Bundesregierung vermitteln, zu Steuereinnahmen und Aufgaben des Staates – aber auch zu den Herausforderungen der europäischen Finanzpolitik und den Chancen internationaler Zusammenarbeit in einer vernetzten Welt. Abwechslungsreiche Unterrichtsansätze und Arbeitsvorschläge unterstützen Lehrkräfte dabei, gemeinsam mit ihren Lerngruppen Antworten auf zentrale Fragen zu finden, mit denen junge Erwachsene spätestens zum Start ins Berufsleben oder im Studium konfrontiert werden.

Steuerpolitik und das Steuersystem in Deutschland zeigen, dass sich manche Inhalte kaum voneinander trennen lassen: Finanzthemen greifen im Alltag zahlreiche Lebensbereiche ein, erfordern Kompetenzen in unterschiedlichster Form – was den fächerverbindenden Charakter der hier aufbereiteten Themen unterstreicht – zum Beispiel in Kapitel 2 (Aufgaben des Staates). Ebenso müssen übergeordnete Aspekte wie Steuergerechtigkeit und Transparenz berücksichtigt werden – Themenbereiche, die nicht nur in der Politik und den Medien, sondern auch in der Schule kontrovers diskutiert werden können.

Vor diesem Hintergrund versucht das Schülermagazin mittels vier übergeordneter Themenkapitel Schwerpunkte zu setzen, die im Unterricht jedoch auch – entsprechend des jeweiligen Fachcurriculums – variabel oder voneinander losgelöst behandelt werden können: Systematisches in Kapitel 1, Einnahmen und Ausgaben des Staates und der Bundeshaushalt als Kernelement in Kapitel 2, bis hin zu den Grundlagen der Europäischen Finanzpolitik (Kapitel 3) und der internationalen Finanzpolitik (Kapitel 4).

Das Schülermagazin kann in Politik, Gemeinschaftskunde und Wirtschaft, aber auch in Arbeitslehre oder in Fächern des sozialwissenschaftlichen Unterrichts eingesetzt werden. Die vorliegende Begleitbroschüre unterstützt Lehrkräfte bei der Vorbereitung und gibt Anregungen für die Praxis. Außerdem bietet sie weiterführende Informationen zu den Themen im Schülermagazin. Ergänzend zu den gedruckten Unterrichtsmaterialien **Finanzen & Steuern** erscheinen regelmäßig aktuelle Arbeitsblätter für Schüler ab Klasse 9. Angelehnt an die Themen des Schülermagazins werden Inhalte vertiefend weiterbehandelt oder aktuelle Entwicklungen in der Finanz- und Steuerpolitik kompakt und verständlich aufgegriffen.

Lehrkräfte können sich die Arbeitsblätter in der Reihe **Finanzen & Steuern** kostenlos unter www.bundesfinanzministerium.de ► Publikationen ► Unterrichtsmaterialien oder auf www.finanzen-und-steuern.de herunterladen.

EIN GEBEN UND NEHMEN (Schülermagazin, Seiten 4 und 5)

+ ANREGUNGEN FÜR DEN EINSTIEG INS THEMA

- » In eurer Klassen- bzw. Kurskasse hat sich genug Geld angesammelt, um sich etwas leisten zu können. Diskutiert gemeinsam darüber, ob ihr eine Fahrt nach Paris organisieren und somit euer Erspartes aufbrauchen, oder lieber einen Tagesausflug in eine nahe gelegene Stadt machen sollt, was billiger wäre.
- » Sprecht innerhalb der Klasse über eure persönlichen Wünsche und darüber, wie ihr mit eurem Geld „haushaltet“, um sie euch erfüllen zu können!
- » „Auch Schüler zahlen Steuern!“ – Erstellt in Kleingruppen Plakate, die diese Aussage anhand von Beispielen visualisieren!
- » Herr Schertz hat selbst kein Auto und zahlt daher auch keine Kfz-Steuer. Allerdings profitiert er als regelmäßiger Radfahrer auch vom Ausbau und der Instandhaltung der Straßen in seiner Heimatstadt. Versucht

durch eine Onlinerecherche herauszufinden, warum dies nur ein vermeintlicher Widerspruch ist. Diskutiert anschließend, ob/inwiefern Steuerabgaben wirklich jedem/r Bürger/in zugutekommen!

- » Die Lerngruppe wird zweigeteilt: Eine Hälfte der Schülerinnen und Schüler (im Folgenden: SuS) sammelt durch Befragung der Eltern oder Verwandter Beispiele für Steuern, die in der Familie vor allem anfallen, während die andere Hälfte Leistungen zusammenträgt, die die Steuerzahler im Gegenzug vom Staat erhalten. In Kleingruppen erarbeiten die SuS danach Plakate oder Präsentationen zur Visualisierung und einigen sich auf kritische Fragen als Diskussionsgrundlage (z.B.: Erscheinen die Steuerzahlungen im Verhältnis zu den Staatsleistungen angemessen? Tragen alle Familien einen ähnlich großen Anteil an der Steuerlast bzw. profitieren gleichermaßen von den Staatsleistungen? ...). Die Plakate werden reihum präsentiert und die Fragen auf deren Grundlage diskutiert.

+ STEUERPOLITIK

Aus politologischer Perspektive bildet der Staat ein System offizieller Institutionen zur Bewältigung der Aufgaben des menschlichen Gemeinwesens. Durch die Steuerpolitik, also durch die Einführung oder Abschaffung von Steuerarten und die Erhöhung oder Senkung der Steuersätze kann er finanz-, wirtschafts- sowie sozial- oder vermögenspolitische Zwecke verfolgen. Das Bundesfinanzministerium (BMF) ist diejenige staatliche Institution, die für alle Fragen der Besteuerung einschließlich des Steuerverfahrens-, Steuerberatungs- und Steuerstrafrechts zuständig ist.

+ STEUERN, GEBÜHREN, BEITRÄGE

Über die Erhebung von Abgaben in Form von Steuern, Gebühren und Beiträgen bei den Bürger/innen finanziert der Staat öffentliche Leistungen. Abgaben dürfen nur dann erhoben werden, wenn sie den Bestimmungen des Grundgesetzes entsprechen. Sie müssen gerecht, transparent und praktikabel sein. Abgaben sichern nicht nur die staatlichen Einnahmen,

sie sind auch ein politisches Lenkungsinstrument. Durch steuerpolitische Maßnahmen kann der Staat den Wirtschaftsablauf beeinflussen und einzelne Bereiche fördern. Um wirtschafts- und sozialpolitische Ziele zu erreichen, gewährt er Steuervergünstigungen oder versteuert unerwünschte Effekte durch eine Steuererhebung.

+ STEUERPOLITIK UND GRUNDGESETZ

Alle Regeln, die das staatliche Finanzwesen betreffen, sind in den Artikeln 104a bis 108 des Grundgesetzes festgehalten.

Diese beinhalten Vorschriften

- » zur Verteilung der Ausgabenlasten,
- » zur Erarbeitung der Steuergesetze,
- » zur Verteilung der Steuereinnahmen,
- » zur Gestaltung der Finanzbeziehungen auf föderaler Ebene und
- » zur Zuständigkeit von Verwaltung und Gerichtsbarkeit.

Quelle: www.bpb.de

+ Abgrenzung der Steuern von Gebühren und Beiträgen



STEUERN MIT SYSTEM (Schülermagazin, Seiten 6, 7 und 8)

+ VIELSTEUERSYSTEM

Ein Vielsteuer- oder pluralistisches Steuersystem basiert auf dem Prinzip der Besteuerung durch Erhebung mehrerer Steuerformen. Die zu erhebenden Steuern können unter dem Aspekt des zu erzielenden Steueraufkommens gleich oder unterschiedlich gewichtet sein.

Quelle: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de>

+ STEUERSYSTEMATIK

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die in Deutschland erhobenen Steuern einzuteilen.

1. NACH DER ART DER ERHEBUNG

- » direkte Steuern: Der Steuerzahler ist auch zugleich der Steuerträger. Der Betroffene zahlt direkt an das Finanzamt.
- » indirekte Steuern: Hier sind Steuerzahler und Steuerträger nicht identisch. Indirekte Steuern werden von den Unternehmen (Steuerzahler) an die Finanzverwaltung abgeführt, die Steuerlast trägt jedoch der Endverbraucher (zum Beispiel Verkehrs- und Verbrauchsteuer).

2. NACH DEN ANKNÜPFUNGSPUNKTEN FÜR DIE BESTEUERUNG

- » Personensteuern: Sie setzen bei natürlichen oder juristischen Personen, d.h. den Unternehmen, an.
- » Objektsteuern: Sie beziehen sich auf einen sachlichen Steuergegenstand, wie zum Beispiel die Gewerbesteuer.
- » Verkehrs- und Verbrauchsteuern: Sie betreffen Geschäftsvorfälle (zum Beispiel Umsatzsteuer) oder den Verbrauch von Gütern (zum Beispiel Energie- oder Tabaksteuer).

3. NACH DER ERTRAGSKOMPETENZ: BUND, LÄNDER, GEMEINDEN

Die Ertragskompetenz, das heißt die Verteilung der Steuererträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, ist in Artikel 106 des Grundgesetzes geregelt. Es gibt Steuern, die ausschließlich Bund, Ländern oder Gemeinden zustehen, und sogenannte Gemeinschaftssteuern. Sie werden nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Bund und Länder haben wenige eigene Steuern. Rund 70 Prozent des Steueraufkommens ergeben sich aus den Gemeinschaftssteuern.

+ ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN

(ohne Gemeindesteuern im Haushaltsjahr 2017)

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr in Mrd. €		Änderung gegenü. Vorjahr	
	2017	2016	Mrd. €	Prozent
Gemeinschaftliche Steuern	538,8	508,6	30,2	5,9
Bundessteuern	99,9	104,4	-4,5	-4,3
Ländersteuern	22,2	22,3	-0,1	-0,1
Zölle	5,1	5,1	/	/
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	666,0	640,4	26,6	4,0

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de

+ SUBSIDIARITÄTSPRINZIP

Deutschland ist ein föderaler Staat, das bedeutet, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils eigene Steuern erheben können und dementsprechend für bestimmte Aufgaben, die aus den Steuergeldern finanziert werden, auch zuständig sind.

Das Subsidiaritätsprinzip besagt in diesem Zusammenhang: Entscheidungen sollen möglichst dezentral auf unterster Ebene getroffen werden. Ganz nach dem Prinzip: Wer am nächsten dran ist, sollte die jeweilige politische und gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen. Auf diese Weise werden die regionalen Gegebenheiten bestmöglich berücksichtigt. Die nächsthöhere Ebene entscheidet, wenn für das Thema oder Anliegen eine einheitliche Regelung für eine größere Zahl von Menschen von Vorteil oder gewünscht ist. Auf der Grundlage der Zuständigkeitsverteilung im Grundgesetz ergeben sich für Bund, Länder und Gemeinden unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte (► Abbildung im Schülermagazin, S. 5).

+ GESETZGEBUNGSKOMPETENZ

Die Steuergesetzgebungskompetenz liegt nach Artikel 105 des Grundgesetzes beim Bund und den Ländern. Es gibt einerseits die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (bei Zöllen und beim Branntweinmonopol) und andererseits die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern. Bei konkurrierender Gesetzgebungskompetenz hat der Bund ein Vorrangrecht, wenn das Steueraufkommen ganz oder teilweise dem Bund zusteht oder wenn ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht. Die Länder können unter anderem dann Gesetze erlassen, solange der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Die SuS führen eine Talkrunde durch, in der die Möglichkeit des Staates, über Steuern (► Lenkungssteuern, Steuervergünstigungen) erzieherisch auf die Bürger/innen einzuwirken, kritisch hinterfragt wird – zum Beispiel zum Thema „Alkopopsteuer“. Hierzu werden einem Teil der SuS über Rollenkarten neben der Moderatorenrolle bestimmte inhaltliche Positionen zugewiesen, die übrigen „Zuschauer“ dürfen sich über Fragen in die Diskussion einbringen.
- » Überlegt, wie man als Bürger Einfluss auf Haushaltsentscheidungen nehmen kann. Arbeitet heraus, wo demokratische Prinzipien bei der Steuerpolitik deutlich und wirksam werden.
- » Erläutere, wie sich die einzelnen Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen.
- » Was besagt die Abgabenquote? Warum ist die Abgabenquote im internationalen Vergleich so unterschiedlich?
- » Manche Staaten sind, wie Deutschland, föderalistisch organisiert, andere hingegen zentralistisch. Was genau sind die bedeutenden Unterschiede dieser Staatsformen? Recherchiert nach weiteren föderalistischen und zentralistischen Staaten. Diskutiert: welche Vorteile und welche Nachteile haben beide Staatssysteme? Denkt hierbei an zum Beispiel an die Bildungspolitik.

STEUERGERECHTIGKEIT (Schülermagazin, Seiten 10 und 11)

Steuergerechtigkeit ist ein fundamentaler Besteuerungsgrundsatz der besagt, dass sich die Steuer an der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers – zum Beispiel gemessen an der Höhe seines Einkommens – orientiert (Leistungsfähigkeitsprinzip). Hiermit wird dem Gleichheitsgrundsatz Rechnung getragen, der im Artikel 3 des Grundgesetzes verankert ist. Zugleich muss die Gleichmäßigkeit der Besteuerung gewahrt sein. Dies bedeutet: gleiche Steuerlast bei gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Privilegien oder willkürliche Besteuerung sind mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit nicht zu vereinbaren. Es ist erforderlich, dass die Steuerlast bei unterschiedlichen Verhältnissen entsprechend differenziert wird.

+ ANSÄTZE ZUR UMSETZUNG VON STEUERGERECHTIGKEIT

EHEGATTENSPLITTING

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Ein Ehepaar wird im Gegensatz zu einem unverheirateten Paar als Steuereinheit betrachtet, da entsprechend der zivilrechtlichen Vorgaben die Ehe eine auf Dauer angelegte Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft mit gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen ist, bei der Erwerbs- und Familienarbeit gleichwertig sind. Das Splittingverfahren bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten zur Einkommensteuer stellt daher sicher, dass die Steuerlast des Paares unabhängig von der Verteilung der Erwerbseinkünfte auf die Ehepartner ermittelt wird. Die Ehegatten werden steuerlich letztlich so gestellt, als ob jeder Ehegatte die Hälfte des gemeinsam zu versteuernden Einkommens erzielte und als Alleinstehender nach dem für jeden Steuerpflichtigen geltenden Steuertarif zu versteuern hätte. Das Verfahren gilt auch für eingetragene Lebensgemeinschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren.

FAMILIEN UND KINDER

Über den Kinderfreibetrag, das Kindergeld, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und den Kinderzuschlag für Geringverdiener werden die Belastungen gesenkt. In den letzten Jahren wurden die Beträge mehrfach angehoben, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Erläutert an konkreten Beispielen, inwieweit der Staat um eine möglichst individualisierte und gerechte Besteuerung bemüht ist. Sorgen diese Regelungen in euren Augen für mehr Steuergerechtigkeit? Diskutiert!
- » Schwarzarbeit gilt bei vielen als Kavaliersdelikt. Recherchiere, worum es sich dabei rechtlich handelt und welche Konsequenzen daraus für den einzelnen und für den Staat entstehen. Ist Schwarzarbeit ein „Kavaliersdelikt“? Nimm Stellung! Recherche: www.bundesfinanzministerium.de
► Service ► Glossar ► Schwarzarbeit
- » Was versteht man unter „Ehegattensplitting“? Ist die Zusammenveranlagung von Ehepaaren heute noch zeitgemäß? Sammelt Pro- und Kontra-Argumente. Verfasse dann in Kleingruppen zu diesem Thema einen Kommentar für einen Blog oder für die Tageszeitung!
- » Die OECD schlägt vor, Steuern und Sozialabgaben nicht nur auf Grundlage des Arbeitseinkommens zu berechnen, sondern u.a. auch Kapital,

KALTE PROGRESSION

Die Steuerprogression wird auch für den Teil einer Lohnerhöhung wirksam, der lediglich für einen Inflationsausgleich sorgt. Obwohl sich somit das Realeinkommen nicht verändert, führt der progressive Einkommenstarif zu einem Anstieg der Durchschnittsbelastung und damit zu Steuermehreinnahmen. Diesen Effekt nennt man „kalte Progression“. Solche versteckten Steuererhöhungen sind vom Gesetzgeber letztlich nicht gewollt. Die Bundesregierung berichtet im Steuerprogressionsbericht regelmäßig über die Wirkungen der kalten Progression. Auf dieser Grundlage wurden vom Gesetzgeber in den letzten Jahren mehrfach die Eckwerte des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der Wirkungen der kalten Progression nach rechts angepasst, das heißt: Die Steuerbelastung wurde verringert.

+ STEUERHINTERZIEHUNG, STEUERFLUCHT UND STEUERFAHNDUNG

Ein Steuersystem, das von der Bevölkerung als ungerecht oder lückenhaft empfunden wird, wird häufig zum eigenen Vorteil ausgenutzt oder umgangen. Steuerhinterziehung ist in Deutschland ein Straftatbestand. Ziel des Staates ist es, die Steuerhinterziehung konsequent zu bekämpfen. Auch international werden hierzu zahlreiche Anstrengungen unternommen: So haben mehr als 100 Länder einen automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten beschlossen, um Steuerschlupflöcher zu schließen. Daneben werden auf der Ebene der Europäischen Union Maßnahmen ergriffen, die der Steuerumgehung entgegenwirken sollen. Die EU-Amtshilferichtlinie, die den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten maßgeblich regelt, wird laufend aktualisiert und der Informationsaustausch zwischen den Staaten dabei intensiviert. So müssen Unternehmen jetzt auch Informationen über ihre Umsätze, die Zahl der Mitarbeiter und weitere wirtschaftliche Kennziffern den Finanzbehörden mitteilen, die dann zwischen den Mitgliedsstaaten ausgetauscht werden (sogenanntes Country-by-Country-Reporting).

Grundbesitz oder Immobilien bei der Berechnung mit einzubeziehen. Wo liegen mögliche Reformansätze im deutschen Steuersystem? Wo könnte man ansetzen, um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen? Sammelt Ideen und Vorschläge auf einem „Denkblatt“ und verfasst stichwortartig Überzeugungsreden für die Abgeordneten des Bundestages!

- » Dietmar Bartsch (Die Linke), 2017: „Steuersenkungen stehen nach meiner Auffassung nicht zur Debatte, wir müssen in die Zukunft investieren, das ist notwendig. Und dann brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit, und das heißt Entlastung im unteren Bereich und Belastung an der Spitze.“ Teilst du die Ansicht des Politikers, oder bist du anderer Meinung? Verfasse eine E-Mail an Herrn Bartsch, in dem du deine Position argumentativ darlegst! Recherchiert gemeinsam, wie andere Parteien dazu stehen.

Quelle: www.deutschlandfunk.de



EINKOMMENSTEUER (Schülermagazin, Seiten 12 und 13)

Die **Einkommensteuer** macht in Deutschland mehr als ein Drittel der Gesamteinnahmen des Staates aus. Sie wird auf der Basis von sieben Einkunftsarten ermittelt, denen zwei verschiedene Einkunftsartenverfahren zugrunde liegen:

- » Bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbstständiger Arbeit wird der Gewinn besteuert.
- » Bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie sonstigen Einkünften werden von den Einnahmen die Werbungskosten abgezogen. Werbungskosten sind Aufwendungen, die dazu dienen, die Einnahmen zu erzielen, zu sichern und zu erhalten. Der so ermittelte Überschuss wird besteuert.

+ DER EINKOMMENSTEUERTARIF

Der Einkommensteuertarif stellt die Berechnungsgrundlage zur Einkommensteuererhebung dar. Er gibt die Steuersumme an, die auf ein gegebenes zu versteuerndes Einkommen berechnet wird. Bei der Ausgestaltung des Tarifverlaufs verfügt der Gesetzgeber über einen Ermessensspielraum, wie etwa Modifizierungen bei der Höhe des Grundfreibetrags und der Steigerung des Tarifverlaufs. Je höher die Steigerung ausfällt, desto schneller steigt der Steuersatz mit dem Einkommen, woraus unter anderem ein schnelleres Greifen des Spitzensteuersatzes resultiert. Die Anpassung der Tarifgrenzen entscheidet über die Wirkung des Einkommensteuertarifs insgesamt. Aus dem Zusammenspiel von Steuersatz und Steigerung des Tarifverlaufs lässt sich die Steuerbelastung abschätzen.

+ DIE LOHNSTEUER

Die Lohnsteuer ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer. Sie wird vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung an die Arbeitnehmer einbehalten und direkt an das Finanzamt abgeführt. Steuerpflichtig sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer aus dem Arbeitsverhältnis zufließen. Bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 9.000 Euro für Alleinstehende (2018) fällt keine Steuer an. Darüber schließt sich die erste Progressionszone an, die bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 13.996 Euro reicht. Die zweite Progressionszone erstreckt sich bis 54.949 Euro. Darüber folgen die beiden oberen Proportionalzonen. Der Spitzensteuersatz liegt im Jahr 2018 bei 42 Prozent.

+ DIE ABGELTUNGSTEUER

Seit 2009 erfolgt die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen durch die sogenannte Abgeltungsteuer. Sie betrifft die im Privatvermögen erzielten Kapitalerträge wie Dividenden aus Aktien, Zinsen, Erträge aus Investmentfonds sowie Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren. Die Abgeltungsteuer ist wie die Lohnsteuer eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer. Hier sind es die Banken, die den Steuerabzug durchführen und die Beträge an den Staat abführen. In Zukunft soll die Abgeltungssteuer auf Zinserträge mit der Etablierung des automatischen Informationsaustausches abgeschafft werden.

+ DIE STEUERERKLÄRUNG

Sobald der Gesamtbetrag der Einkünfte den Grundfreibetrag (2018: 9.000 Euro) übersteigt, muss beim zuständigen Finanzamt eine Steuererklärung

eingereicht werden. Die Einkommensteuer muss aber erst dann gezahlt werden, wenn das zu versteuernde Einkommen nach Abzug von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und Freibeträgen den Grundfreibetrag übersteigt.

+ DER SOLIDARITÄTSZUSCHLAG

Der Solidaritätszuschlag (oft auch verkürzt „Soli“ bezeichnet) ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Er ist keine eigene Steuerart, sondern wird, wie das Wort „Zuschlag“ anzeigt, auf die Einkommen- bzw. die Körperschaftsteuer mit einem Satz von 5,5 Prozent zugeschlagen.

Die Große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vom 14. März 2018 Änderungen beim Solidaritätszuschlag festgeschrieben, den „Soli“ schrittweise abzuschaffen. In einem ersten Schritt sollen rund 90 Prozent aller „Soli“-Zahler durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom „Soli“ entlastet werden.

Quelle: BMF; www.bundesfinanzministerium.de, Broschüre Steuern von A bis Z, S. 116)

+ STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH in %

Staaten	Haushalt A	Haushalt B	Haushalt C*
Deutschland	39,9	21,7	27,3
Belgien	40,5	20,7	23,7
Dänemark	35,8	25,3	28,8
Griechenland	26,0	23,7	22,8
Schweden	25,0	18,8	18,1
Italien	31,2	19,3	18,8
Österreich	32,4	19,1	18,5
Schweiz	16,9	3,5	6,7
Großbritannien	23,4	18,1	15,6
USA	26,0	14,2	17,9

* **Haushalt A:** Alleinstehend, ohne Kind, Durchschnittseinkommen

Haushalt B: Verheiratet, zwei Kinder, Alleinverdiener/in Durchschnittseinkommen

Haushalt C: Verheiratet, zwei Kinder Durchschnittseinkommen + 33% ein weiteren Durchschnittseinkommens

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Die SuS erarbeiten in Gruppen, wie der Verdienst eines Ferien- oder Nebenjobs zu versteuern ist (www.minijobzentrale.de ► gewerblicher Bereich ► Steuerrecht). Welche unterschiedlichen Formen des Verdiensts gibt es (Minijob, Saisonbeschäftigung)? Die SuS berichten von ihren eigenen Erfahrungen.
- » Erläutert, was man unter „Werbungskosten“ versteht. Welche Werbungskosten können Auszubildende und Studierende absetzen?
- » Wäre eine Besteuerung gerechter, wenn jeder denselben Steuersatz auf sein Einkommen zahlen würde? Die SuS diskutieren anhand dieser Frage Vor- und Nachteile einer Einheitsbesteuerung in einer „Lawinendiskussion“ – zur Methode siehe QR-Code.



UMSATZSTEUER (Schülermagazin, Seiten 14 und 15)

+ ECKPUNKTE ZUR UMSATZSTEUER

- » Die Umsatzsteuer, oft auch Mehrwertsteuer genannt, stellt eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates dar.
- » Der Gesetzgeber kann die Umsatzsteuer nicht völlig frei gestalten. Er ist an die Mehrwertsteuersystem-Richtlinie gebunden, die für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gilt.
- » Weil die Umsatzsteuer vom Konsumenten auf dem Umweg über den Unternehmer erhoben wird, zählt sie zu den indirekten Steuern.
- » Sie setzt an zwei Seiten des Warenumsatzes an: einmal auf der Verkaufsseite und einmal auf der Einkaufsseite.
- » Höhe: 19 Prozent auf den Nettoverkaufspreis, 7 Prozent auf besondere Güter und Leistungen, zum Beispiel Lebensmittel, Fahrkarten; Steuerbefreiung für besondere Leistungen, etwa ärztliche Behandlungen.
- » Der Endverbraucher trägt die Steuer, der Verkäufer ist jedoch der Steuerpflichtige. Mit dem Verkaufspreis hat er die Umsatzsteuer zu erheben und den Steuerbetrag an das Finanzamt abzuführen.
- » Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stehen als Gemeinschaftsteuer dem Bund und den Ländern zu. Seit 1998 sind auch die Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen beteiligt.

+ UMSATZSTEUER BEIM VERKÄUFER

Bei jedem Verkauf, egal ob der jeweilige Abnehmer ein Unternehmen oder eine Privatperson ist, entsteht ein Umsatz (Preis x Stückzahl). Auf diesen Umsatz erhebt der Verkäufer Umsatzsteuer, die der Käufer zu bezahlen hat. Der Verkäufer überweist den Umsatzsteuerbetrag regelmäßig an das Finanzamt. Die Umsatzsteuer muss grundsätzlich auf jeder Rechnung gesondert ausgewiesen sein.

+ UMSATZSTEUER BEIM EINKÄUFER

Ein Unternehmen kauft für seinen Produktionsprozess wie Vorprodukte, Rohstoffe oder Materialien von seinen Lieferanten und zahlt mit dem Kaufpreis die enthaltene Umsatzsteuer. Diese ist dann für das einkaufende Unternehmen die sogenannte Vorsteuer. Das Unternehmen kann diese von der erhaltenen Umsatzsteuer aus dem Verkauf abziehen.

Beispiel: Ein Unternehmen verkauft Waren für 100.000 Euro zuzüglich 19 Prozent Umsatzsteuer an seinen Kunden. Für Vorprodukte hat der Unternehmer seinerseits an seine Lieferanten 12.500 Euro Umsatzsteuer gezahlt; die kann er als Vorsteuer ansetzen. Er muss nur die Differenz an das Finanzamt abführen:

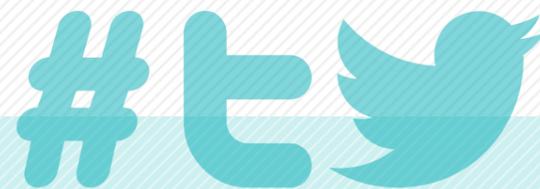
Gesamtbetrag des Warenverkaufs:	100.000 Euro
+ 19 Prozent Umsatzsteuer:	19.000 Euro
- abziehbare Vorsteuer:	12.500 Euro
= an das Finanzamt zu zahlen:	6.500 Euro

+ STREITTHEMA UMSATZSTEUER

Der deutsche Umsatzsteuersatz von 19 Prozent (ermäßigt 7 Prozent) liegt im europäischen Vergleich in der unteren Hälfte. Die Zuweisungskriterien für den regulären und ermäßigten Steuersatz führen immer wieder zu Diskussionen. Kritiker argumentieren, dass die Steuerermäßigung nicht wie ursprünglich geplant den Verbraucher entlaste, sondern nur einzelne Branchen subventioniere, da der Unternehmer nicht verpflichtet ist, die Ermäßigung an seine Kunden weiterzugeben.

Hier ein Auszug aus der Liste von Waren und Dienstleistungen mit ermäßigtem Steuersatz:

Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf	Begründung
Lebensmittel	sozialpolitische Gründe
Bücher, Zeitschriften, Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen	kultur- und bildungspolitische Gründe
land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Futtermittel	Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen
Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere Beförderung von Personen	sozial- und verkehrspolitische Gründe



+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Welche Produkte und Leistungen ermäßigt werden, ist im Gesetz festgelegt und wird nur gelegentlich geändert. Für welche Produkte und Dienstleistungen gilt derzeit der ermäßigte Steuersatz? Die SuS recherchieren im Netz, erstellen eine Liste und diskutieren, was sich der Staat bei der jeweiligen Ermäßigung gedacht haben könnte.
- » Trüffel und Rennpferde werden mit 7 Prozent, Babywindeln mit 19 Prozent Umsatzsteuer belastet. Diskutiert diese Zuweisung aus der

Sicht des Staates und der Verbraucher. Verfasst auf der Grundlage dieser Diskussion unter dem Hashtag #Umsatzsteuer einen prägnanten Twitter-Beitrag, der eure eigene Meinung aussagekräftig spiegelt.

- » Für die EU gilt eine gemeinsame Mehrwertsteuersystem-Richtlinie. Sie schreibt vor, dass der Normalsteuersatz mindestens 15 Prozent, der ermäßigte Satz mindestens 5 Prozent betragen muss. Deutschland liegt eher am unteren Ende. Verschenkt der deutsche Staat damit Einnahmen? Sammelt Pro- und Kontra-Argumente und nehmt Stellung.

KFZ- UND ENERGIESTEUER (Schülermagazin, Seiten 16 und 17)

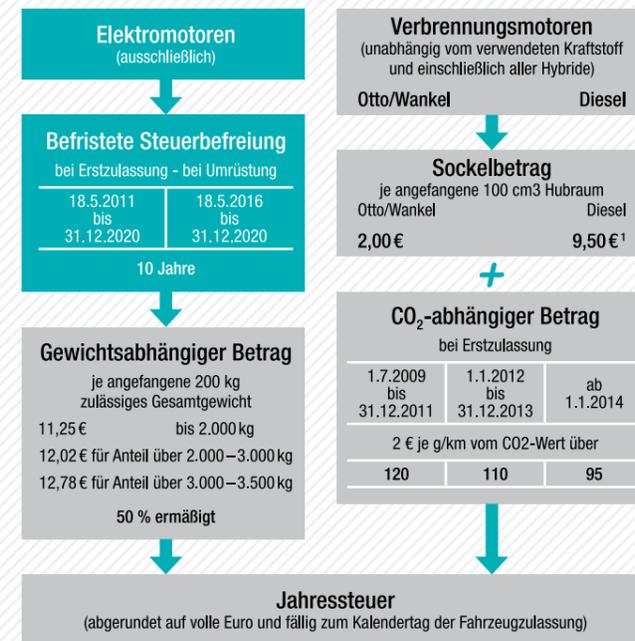
+ ECKPUNKTE ZUR KFZ-STEUER

Die Kfz-Steuer ist eine Bundessteuer, die auf alle nicht permanent schienengeführten Kraftfahrzeuge erhoben wird und für deren Erhebung die Bundesfinanzverwaltung zuständig ist. Während in anderen Staaten auch die Zulassung eines Fahrzeugs der Steuer unterliegen kann, wird in Deutschland nur das Halten eines Fahrzeugs mit der Kfz-Steuer belegt. Die Steuer fällt nach §1 KraftSTG entsprechend an für

- » das Halten von inländischen Fahrzeugen;
- » das Halten von ausländischen Fahrzeugen, solange diese sich im Inland befinden;
- » die widerrechtliche Benutzung von Fahrzeugen und
- » die Zuteilung von Oldtimer-Kennzeichen und von roten Kennzeichen, die von einer Zulassungsbehörde zur wiederkehrenden Verwendung (für Überführungs- oder Probefahrten) ausgegeben werden (ausgenommen sind Kurzzeit-Kennzeichen für Prüfungsfahrten).

+ ÜBERSICHT DER KRAFTFAHRZEUGSTEUER

Personenkraftwagen mit Erstzulassung ab 1.1.2009¹



Quelle: www.bundesfinanzministerium.de

¹ Zusätzlich Pkw mit Erstzulassung in der Zeit von 5.11.2008 bis 30.06.2009, für die nach der sogenannten Günstigerprüfung die CO2-orientierte Kraftfahrzeugsteuer gilt (§ 18 Abs. 4a KraftSTG).
² Beim höheren Steuersatz für Diesel-Pkw handelt es sich um einen pauschalierten Ausgleich der gegenüber Ottokraftstoff geringeren Energiesteuer auf Dieselmotoren.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Dass die Kfz-Steuer wie alle anderen Steuerarten nicht zweckgebunden ist, sorgt immer wieder für Diskussionen. Kritiker fordern, die Steuer für den Erhalt und Ausbau des Straßennetzes zu verwenden. Recherchiert zu den Motiven der nicht zweckgebundenen Steuerverwendung und erörtert gemeinsam, welche Konsequenzen sich ergeben würden, wenn die Kfz-Steuer ausschließlich dem Straßenbau zufließen würde.
- » Beschreibt, wie sich der Anteil der Energiesteuer am Steueraufkommen

+ ZUR ENTWICKLUNG DER KFZ-STEUER

Vorläufer für die deutsche Kfz-Steuer waren die mittelalterlichen Wege- und Brückenzölle. Diese Straßenbenutzungsgebühren wurden nach der Anzahl der Fahrzeugräder bemessen. Dazu kamen später Abgaben auf Pferde und Kutschen als Luxusbesteuerung, darunter die Karossensteuer (zum Beispiel in Brandenburg-Preußen 1698). Im 19. Jahrhundert finden sich unter den Verkehrsabgaben in den deutschen Einzelstaaten sogenannte „Chausseegelder“ (zum Beispiel in Württemberg 1817 und Preußen 1828), außerdem weiterhin Wege-, Brücken- und Pflasterzölle, die teilweise weit in das 20. Jahrhundert hinein als örtliche Abgaben existierten. 1960 wurden in allen Bundesländern einmalige Bescheide für die Dauer der Steuerpflicht eingeführt. Schon 1972 wurden dabei Elektrofahrzeuge begünstigt. 1985 begann für Pkw mit Verbrennungsmotoren die emissionsorientierte Steuerbemessung, die sich später schrittweise immer stärker ausprägte. Durch Änderungen des Grundgesetzes erhielt der Bund zum 1. Juli 2009 sowohl die Verwaltungskompetenz als auch die Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer. Das Kraftfahrzeugsteueraufkommen fließt seitdem als allgemeine, nicht zweckgebundene Einnahme dem Bundeshaushalt zu. Die Länder erhalten zum Ausgleich hierfür jedes Jahr einen gesetzlich festgelegten Betrag aus dem Steueraufkommen des Bundes.

+ ENERGIESTEUER

Bei der Energiesteuer handelt es sich um eine bundesgesetzlich erhobene Verbrauchsteuer, in deren Rahmen der Verbrauch von Energieerzeugnissen (vor allem Mineralöle, Erdgas und Kohle) zu energetischen Zwecken versteuert wird. Um umweltfreundliche Energieträger und Verkehrsmittel zu fördern, enthält das Energiesteuergesetz daneben eine Reihe von Begünstigungsregelungen. Zudem gibt es Vergünstigungen für die Wirtschaft, damit es nicht zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland kommt. Da die Erhebung der Energiesteuer erst beim Verbraucher zu einer unüberschaubaren Vielzahl von Steuerschuldern führen würde, wird sie im Regelfall beim Hersteller oder Weiterverkäufer erhoben, der sie anschließend über den Warenpreis auf die Verbraucher umlegt. Kraftstoffe stellen die bedeutendste Gruppe der steuerpflichtigen Energieerzeugnisse dar. Die Steuersätze betragen etwa für unverbleites Benzin (mit einem Schwefelgehalt von höchstens 10 mg/kg) 654,50 Euro/1.000 Liter und für Dieselmotoren (mit einem Schwefelgehalt von höchstens 10 mg/kg) 470,40 Euro/1.000 Liter. Auch Flüssiggase (sogenannte Autogas), Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe sowie Heizöle und Kohle unterliegen bei der Verwendung als Kraftstoff der Energiesteuer.

Quelle: nach www.bundesfinanzministerium.de

im Vergleich zu den anderen Steuerarten in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

- » Im Juni 2017 erklärte das Bundesverfassungsgericht die vom Bund erhobene Brennelementesteuer, die von den Betreibern der Kernkraftwerke seit 2011 gezahlt werden musste, als verfassungswidrig. Recherchiert im Internet die Entstehung der Steuer, zur Begründung dieser Entscheidung und erklärt, warum Strom besteuert wird, die Besteuerung der Brennelemente allerdings rechtswidrig ist. Nehmt Stellung dazu!

DER BUNDESHAUSHALT (Schülermagazin, Seiten 18 und 19)

+ ECKPUNKTE ZUM BUNDESHAUSHALT

- » Die Budgethoheit liegt beim Parlament, der Gesetzentwurf zum Bundeshaushalt wird allerdings von der Regierung vorgelegt (Art. 110 Abs. 2 GG).
- » Der Bundeshaushalt besteht aus dem Haushaltsgesetz (HG), das vom Parlament verabschiedet werden muss. Teil des Haushaltsgesetzes ist der eigentliche Haushaltsplan (HP), in dem jährlich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes festgelegt werden.
- » Er ist das „Regierungsprogramm in Zahlen“, denn er gibt Auskunft darüber, welche Vorhaben der Bund für das kommende Jahr beabsichtigt und für welche Zwecke wie viel Geld ausgegeben wird.
- Einzelposten des Bundeshaushalts 2017: Schülermagazin, S. 18/19

+ BUNDESHAUSHALT 2018

Mit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2018 nach dem Beschluss des Bundestages vom 12. Juli 2018 sowie dem Finanzplan hat das Bundeskabinett verbindliche Einnahme- und Ausgabevolumina bis zum Jahr 2021 festgelegt. Der Bundeshaushalt 2018 umfasst demnach geplante Ausgaben in Höhe von 343,6 Mrd. Euro. Im Jahr 2017 kam der Bund zum vierten Mal in Folge ohne eine Neuverschuldung aus, das heißt, die Einnahmen decken die Ausgaben ohne Nettokreditaufnahme. Für Ausgaben für die Integration von Geflüchteten und die Migrationspolitik sind Rücklagen in Höhe von 18,7 Mrd. Euro vorgesehen, die aus den Haushaltsentlastungen der beiden vorangegangenen Jahre entstanden sind.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Die SuS schauen zum Einstieg ein Video zum Bundeshaushalt unter: www.bundeshaushalt.de ► Anleitung & Hintergrundinformationen.
- » Die SuS recherchieren die Ressortverteilung bei den Ausgaben im Bundeshaushalt 2017 und 2018 und vergleichen diese. Welche Politik kommt in der Ausgabenverteilung zum Ausdruck und auf welche gesellschaftlichen Entwicklungen wird reagiert?
- » Das Jahr 2017 brachte einen Rekord-Überschuss im Bundeshaushalt. Was sollte der Staat mit den zusätzlichen Einnahmen machen?
 - » Verfasst einen Kommentar für die Tageszeitung, in dem ihr eure Position argumentativ darlegt!
 - » Steuern senken und Bürger entlasten ► mehr Konsum ► Wirtschaft wird gestärkt ► mehr Arbeitsplätze
 - » Schulden abbauen ► Schuldenlast sinkt ► weniger Ausgaben für Zinsen und Tilgung ► mehr Geld bleibt übrig für Investitionen.
 - » Geld für dringende Aufgaben investieren zum Beispiel in Bildung, die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, für mehr Pflegepersonal, für den Umweltschutz etc.
- » Beschreibt die Entwicklung der deutschen Schuldenstandsquote im internationalen Vergleich zwischen 2010 und 2017.
- » Die Gesamtverschuldung Deutschlands liegt bei knapp 2 Billionen Euro, das Pro-Kopf-Verschulden je Bürger also rund 23.000 Euro (Stand: Juli 2018). Trotzdem gilt Deutschland als „reiches Land“. Versucht gemeinsam, diesen Widerspruch zu erklären.

+ DER FINANZPLAN

Unter dem Finanzplan des Bundes versteht man die von der Bundesregierung beschlossene fünfjährige Finanzplanung (derzeit von 2017 bis 2021). Nicht nur der Bundeshaushalt 2018, sondern auch die Finanzplanung bis 2021 sieht keine neuen Schulden vor. Da der Haushaltsplan selbst nur für ein Jahr aufgestellt wird, sich aber viele politische Maßnahmen, etwa auf den Gebieten des Sozial-, Verkehrs- und Bildungswesens oder Investitionsprogramme über viele Jahre erstrecken, ist es sinnvoll, einen längeren Planungszeitraum zu wählen.

+ ARBEITSKREIS STEUERSCHÄTZUNGEN

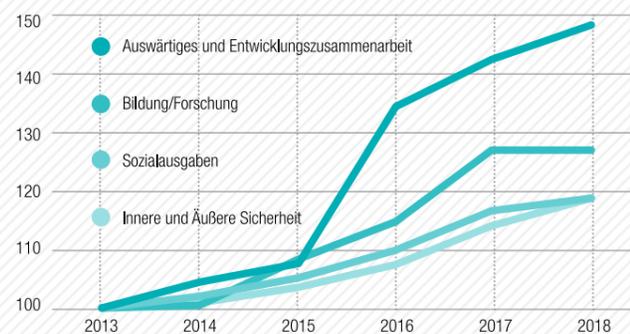
- » Der Arbeitskreis tagt zweimal im Jahr. Seine Schätzungen der Steuereinnahmen werden in den Haushaltsplan und in die mittelfristige Finanzplanung des Bundes übernommen. Er ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) und besteht seit 1955.
- » Ihm gehören neben dem Bundesministerium der Finanzen das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) an, die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände.

+ SCHULDENSTANDSQUOTE

Die Schuldenstandsquote beschreibt das prozentuale Verhältnis des Schuldenstandes eines Staates zu dessen Bruttoinlandsprodukt. Sie gibt Aufschluss darüber, ob ein Staat finanzwirtschaftlich in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen. Der Vertrag von Maastricht legt für alle EU-Mitgliedstaaten einen Wert von 60 Prozent als Obergrenze für die Schuldenstandsquote fest. Ob ein Staat tatsächlich als zahlungsunfähig angesehen werden muss, hängt jedoch vor allem von dessen volkswirtschaftlicher Stärke ab. Deutschland wird 2019 voraussichtlich erstmals seit 17 Jahren wieder unter die Grenze von 60 Prozent kommen (Prognose: rund 58 Prozent). Italien weist eine Quote von 131 Prozent auf, Luxemburg von 22 Prozent (beide Stand: 2018).

Quelle: www.haushaltssteuerung.de ► Lexikon ► Schuldenstandsquote

ENTWICKLUNG DER STAATSAUSGABEN im Rahmen einer zukunftsgestaltenden Haushaltsplanung (2013–2018) in %



Quelle: www.bundesfinanzministerium.de

FAMILIENPOLITIK UND ALTERSVORSORGE (Schülermagazin, Seiten 20 und 21)

► Eine Auswahl wichtiger Maßnahmen und Instrumente der staatlichen Förderung von Familien bietet der Kasten im Schülermagazin, S. 21.

+ DEMOGRAFISCHER WANDEL

Grundsätzlich wird die Bevölkerungsentwicklung stets durch drei Faktoren bestimmt, die sich hinsichtlich ihrer Auswirkungen überlagern:

1. die Fertilitätsentwicklung, d.h. die Entwicklung der Geburten im Zeitverlauf;
2. die Mortalitätsentwicklung, d.h. die Sterblichkeit bzw. die Veränderung im Altersaufbau einer Gesellschaft;
3. die Migration, also die Ein- und Auswanderung sowie räumliche Mobilität.

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland weiter stark verändern: Die Menschen in Deutschland werden immer älter, und die Anzahl der neu geborenen Kinder kann dem trotz steigender Tendenz nicht entsprechen. Die Bundesregierung äußerte in ihrer Bilanz zum Ende der 18. Legislaturperiode jedoch die Prognose, dass sich die Bevölkerungszahl bei einer weiterhin hohen Zuwanderung und einer steigenden Geburtenrate auf dem heutigen Niveau stabilisieren könnte.

Eine Ursache für die niedrigen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte hat die Politik bereits in den Anforderungen der modernen Arbeitswelt an Frauen erkannt, denen es nach wie vor nur schwer möglich erscheint, Familie und Beruf zu vereinen und die sich deshalb gegen oder nur für ein oder zwei Kinder entscheiden. Großfamilien sind in Deutschland zur Seltenheit geworden. Das aktuell verabschiedete Gesetz zum Recht auf eine unbegründete Brückenteilzeit, das Anfang 2019 in Kraft treten soll, ist ein Beispiel, mit dem die Bundesregierung u.a. auf dieses familienpolitische Anliegen reagiert und versucht, den Frauen die Verbindung von Beruf und Familie zu erleichtern.

Quelle: www.bpb.de ► Politik ► Innenpolitik ► Demografischer Wandel

+ PROGNOSE ZUM ALTERSAUFBAU DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT



* Ergebnisse der aktualisierten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2-A)
Quelle: Statistisches Bundesamt

Familie und Staat stehen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis: Die Familie versorgt den Staat mit Bürgern und Bürgerinnen, die mit ihren Steuern und Abgaben wiederum den Staat finanzieren, und leistet zentrale Aufgaben bei der Erziehung von Kindern sowie bei der Betreuung alter, kranker oder behinderter Menschen. Somit liegt es im Interesse des Staates, dass die Familie ihre Aufgaben auch wahrnehmen kann. Gesellschaftspolitische Unterstützung erhält sie deshalb durch die Familienpolitik, die mit ihren Maßnahmen wiederum aber auch Einfluss auf das Binnenverhältnis innerhalb der Familie nehmen kann. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007, das durch das Angebot der „Vätermonate“ nachweislich ein Umdenken in die Rollenvorstellungen von Vätern und Müttern gebracht hat.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de ► Familienpolitik ► Geschichte und Leitbilder

+ FAMILIENBEGRIFF IM WANDEL

Der Begriff „Familie“ umfasst zunächst alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern. Familie an sich bedeutet heute aber strukturell oft nicht mehr dasselbe wie früher: Der klassische Typ – das Ehepaar mit Kindern – weicht zunehmend (auch gleichgeschlechtlichen) Lebenspartnerschaften und Alleinerziehenden, oder es gibt sogenannte Patchwork-Familien. Die Politik der Bundesregierung berücksichtigt diese Vielfalt und richtet ihre Unterstützung hierauf aus.

+ VIELSEITIGE FAMILIENPOLITIK

Die Familienpolitik als Grundbaustein der Gesellschaft umfasst im Kern alle Maßnahmen, die zum Schutz und zur Förderung der Familie dienen. Dazu gehören auch die Bereiche Kinder und Jugend, ältere Menschen sowie die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Der Staat kann die Familienpolitik auf folgende Art und Weise beeinflussen und steuern:

- » durch rechtliche Maßnahmen (Gesetze zu Ehe und Familie, Lebensgemeinschaften, Schutz von Kindern etc.),
- » durch finanzielle Unterstützung (Transferleistungen wie Kindergeld und Elterngeld),
- » durch Beratung (Hilfestellung für Betroffene in allen Bereichen, zum Beispiel durch das Jugendamt),
- » durch Bildungspolitik (Schule, Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen etc.).

+ FÖRDERINSTRUMENTE DER FAMILIENPOLITIK

Der Staat unterstützt Familien mithilfe verschiedener Förderinstrumente, die er fortlaufend weiterentwickelt oder entsprechend der aktuellen gesellschaftspolitischen Bedürfnisse anpasst. Beispiele für geplante Maßnahmen aus dem aktuellen Koalitionsvertrag (März 2018) zwischen CDU, CSU und SPD wurden beschlossen – zum Beispiel zur Bekämpfung von Kinderarmut, zur Förderung der Infrastruktur, etwa beim Kitausbau und der Ganztagsbetreuung, oder finanzielle Leistungen wie die Erhöhung des Kindergelds.

FAMILIENPOLITIK UND ALTERSVORSORGE

(Schülermagazin, Seiten 20 und 21)

+ ECKPUNKTE ZUR ALTERSVORSORGE

Die deutsche Altersvorsorge wird grundsätzlich von drei Säulen getragen:

- » gesetzliche Rente,
- » betriebliche Altersvorsorge und
- » private Altersvorsorge.

Diese Säulen enthalten jedoch jeweils verschiedene Einzelsysteme, Institutionen und Leistungsprinzipien, sodass trotz scheinbar gleicher persönlicher Voraussetzungen je nach System unterschiedliche Leistungen gewährt werden können.

In den letzten Jahren ist ein Trend zur Gewichtsverschiebung in Richtung der individuellen Vorsorge und der betrieblichen Altersversorgung bemerkbar. Auch ist mit der Einführung der „Riester-Rente“ als private Vorsorge im Jahr 2001 eine Senkung des Versorgungsniveaus der Rentenversicherung eingeleitet worden. Die sich dadurch bildenden Versorgungslücken sollen – gefördert durch staatliche Zuschüsse und Steuererleichterungen – durch den Ausbau der privaten Vorsorge und der betrieblichen Altersversorgung geschlossen werden.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Zum Einstieg ins Thema schauen die Schüler den Erklärfilm „Kindergeld & Co.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (siehe QR-Code oder www.familien-wegweiser.de ► Wegweiser ► Service ► Video) an. Sie fassen zusammen, welche Komponenten zur Familienförderung gehören.



- » Analysiert die Grafik zur Bilanz der Familienpolitik der vergangenen Legislaturperiode (18. Bundestag 2013 bis 2017). Was sagen die beschriebenen Maßnahmen über die Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbesserung der Situation der Familien? Welche Bereiche wurden besonders gefördert und was könnten Gründe hierfür sein?
- » Findet Argumente, warum das Grundgesetz Ehe und Familie unter besonderen staatlichen Schutz stellt und nennt Maßnahmen, an denen dies deutlich wird.
- » Welche unterschiedlichen familienpolitischen Ansätze verfolgen andere europäische Staaten wie Schweden und Frankreich? Stellt die Konzepte und Ansätze gegenüber und recherchiert über die Familienpolitik in einem weiteren Land eurer Wahl.
- » In der Epoche der Aufklärung wurde der Begriff des „Gesellschaftsvertrages“ für ein Staatswesen geprägt. Kläre die Bedeutung dieser Metapher. Vergleiche dann die Vorstellung von „Gesellschaftsvertrag“ und „Generationenvertrag“: Welche Werte, aber auch Ansprüche an den Staat und die Gesellschaft werden damit ausgedrückt?
- » Erklärt, was man unter dem „Demografischen Wandel“ versteht und welche Folgen für die staatlich garantierte Rente zu erwarten sind. Mit welchen Maßnahmen versucht der Staat, die Folgen abzufedern? Wie beurteilt ihr diese? Sammelt Pro- und Kontraargumente. Welche Ideen habt ihr? Diskutiert!
- » Die mittlere Generation der heute 40- bis 60-Jährigen wird bisweilen als „Sandwich-Generation“ bezeichnet, die wie ein Sandwichbelag ein-

geklemt ist. Erläutere dieses Bild. Leite dann daraus ab, wie der Staat in dieser Situation für mehr Generationengerechtigkeit sorgen kann.

- » Interpretiert die Karikatur und diskutiert deren Kernaussage!



Quelle: www.bpb.de

- » Was bedeutet „Familie“? Die gesellschaftliche Vorstellung davon, was eine Familie ausmacht, hat sich in der Vergangenheit oftmals verändert. Die SuS recherchieren zur Geschichte der „Familie“ und erläutern, welche Faktoren für den Wandel des Familienbilds verantwortlich waren und welche Rolle der Staat jeweils spielte. Die SuS arbeiten hierzu in Kleingruppen und präsentieren anschließend ihre Ergebnisse in einer digitalen Präsentation oder auf einem Wandplakat.



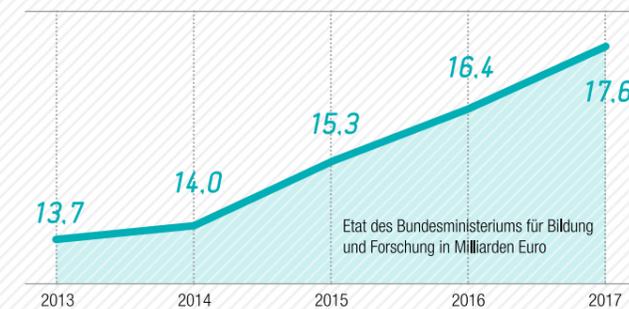
Recherchetipp: www.bpb.de
 ► Politik ► Innenpolitik
 ► Familienpolitik

BILDUNGS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK

(Schülermagazin, Seiten 22 und 23)

Bildung ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und an gesellschaftlichen sowie demokratischen Prozessen teilhaben können. Bildung ist ein Menschenrecht (Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN) und im deutschen Grundgesetz verankert. Der Staat trägt also die Verantwortung für die Bildung seiner Bürger.

+ STEIGENDE AUSGABEN FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (2013-2017)



- » Detaillierte Informationen, Analysen und Grafiken zu den Ausgaben des BMBF finden sich in der Broschüre „Bildung und Forschung in Zahlen 2017“, Download unter: www.bmbf.de/pub/Bildung_und_Forschung_in_Zahlen_2017.pdf

+ DAS DEUTSCHE BILDUNGSSYSTEM

Der Staat hat in Deutschland im Bildungswesen weitgehend die Steuerungskompetenz inne und legt auch für private Bildungseinrichtungen verbindliche Rahmenvorgaben, Standards und Qualitätskriterien fest.

+ DAS BILDUNGSWESEN AUF EINEN BLICK

Die KMK hält hierzu eine Übersicht bereit:



+ BILDUNGSBERICHT 2018

Globalisierung und Strukturwandel, demografische Entwicklung und veränderte Kompetenzen im Beruf erfordern ein leistungsfähiges Bildungswesen. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ des Deutschen Instituts für

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Die SuS informieren sich über den Ursprung und die Kritik an der sogenannten „Kulturhoheit“ der Länder und ihre Auswirkungen auf die Bildungspolitik. Sie vergleichen unterschiedliche Argumente und diskutieren Chancen und Risiken eines Verbleibs dieses Kompetenzbereichs in den Händen des Bundes. Recherchetipp: www.mdr.de/damals/archiv/hintergrund-bildungsfoederalismus102.html
- » Sammelt im Netz oder in Tageszeitungen aktuelle Schlagzeilen zur Bildungspolitik! Welche Forderungen werden deutlich? Und wie reagiert die Bundesregierung hierauf?

Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) informiert seit 2006 über die Eckpunkte des deutschen Bildungswesens. Die umfangreichen Ergebnisse sind unter www.bildungsbericht.de ► Bildungsbericht 2018 einsehbar.

+ HERAUSFORDERUNGEN: SOZIALER STATUS UND MIGRATION

Aus den grundgesetzlich verankerten Prinzipien der Menschenwürde und der Gleichberechtigung ist ein Recht auf Bildung ableitbar. Es ist unzulässig, Menschen aufgrund bestimmter Merkmale, wie zum Beispiel Geschlecht, Herkunft, Abstammung, politischer Orientierung oder Glauben den Zugang zu Bildung zu entziehen oder zu erschweren. Bildung ist also eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Handlungsbedarf für die Bildungspolitik gibt es auch daher, weil der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland trotz eines leichten Aufwärtstrends noch immer vom sozialen und ökonomischen Status der Familie und dem Bildungsgrad der Eltern abhängt. In diesem Zusammenhang wurden zum Beispiel Maßnahmen zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung und Bildung und der Ganztagschulen auf den Weg gebracht sowie der Fokus auf ein frühes Sprachförderangebot gelegt. Ein ebenso großes Arbeitsfeld der Bildungspolitik stellt die Migration dar, in deren Folge zum Beispiel immer mehr Kinder, die die deutsche Sprache (noch) nicht beherrschen, in den Unterricht und die Klassengemeinschaften integriert werden müssen. Damit dies gelingt, und Jugendliche eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten, hat die Regierung Maßnahmen veranlasst, die einen schnellen Spracherwerb fördern.

Quelle: www.bmbf.de

+ „ARBEITEN 4.0“

Der Dialogprozess „Arbeiten 4.0“ initiiert einen Dialog über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in der digitalisierten Welt. Unter der Leitfrage „Wie werden wir in Zukunft arbeiten?“ soll es dabei nicht nur um die Veränderung der Arbeit in industriellen Produktionswelten gehen, sondern auch darum, auf der Basis des Leitbilds von „Guter Arbeit“ vorausschauend die sozialen Bedingungen und Spielregeln der künftigen Arbeitsgesellschaft zu thematisieren und mitzugestalten: eine Flexibilisierung von Arbeitsformen, -zeiten und -verhältnissen wegen des Digitalisierungsprozesses.

Quelle: www.arbeiten4.0.de

- » „Ohne Bildung keine Freiheit – ohne Freiheit keine Bildung“. Erörtert an aktuellen Beispielen, inwiefern diese Feststellung, die auf die Aufklärung zurückgeht, heute noch aktuell und zutreffend ist!
- » Führt in Kleingruppen eine Umfrage durch: „Wenn Bildung in ihrer Hand läge: Was würden sie ändern? Was finden Sie gut?“. Bildet Gruppen, die sich auf unterschiedliche Personengruppen spezialisieren: Schüler, Lehrkräfte, Arbeitgeber, Eltern. Wenn die Befragten einverstanden sind, filmt die Statements mit eurem Smartphone und fügt sie zu einem Videoclip zusammen.

GESUNDHEITS- UND UMWELTPOLITIK (Schülermagazin, S. 24 und 25)

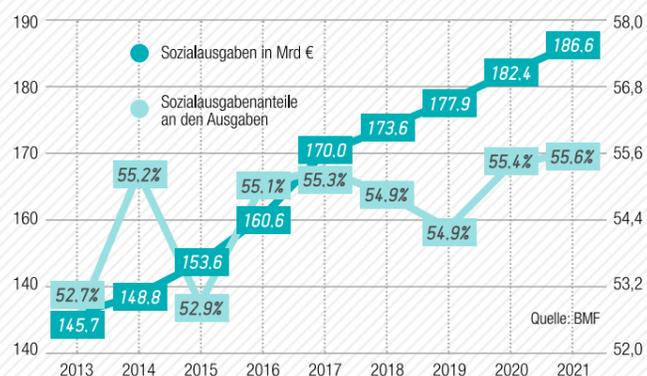
+ DAS SOZIALSTAATSPRINZIP

In den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes wird das Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik postuliert. Allgemein kann ein Staatswesen, das sich um die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit seiner Bürger bemüht, als Sozialstaat bezeichnet werden. Beispiele für Sozialstaatlichkeit sind:

- » Gesetzliche Sozialversicherung (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung; Pflegeversicherung, Deutschen Rentenversicherung, Unfallversicherung);
- » Finanzierung zusätzlicher sozialer Leistungen wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Hartz 4;
- » Beihilfen zur Berufsausbildung, Bafög;
- » Bestimmungen der sozialen Arbeitsgesetzgebung (wie zum Beispiel Mutterschutz, befristete Lohnfortzahlungen bei krankheitsbedingtem Ausfall, ...);
- » Kostenloser Schul- und Hochschulbesuch.

In Deutschland werden die Sozialleistungen durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber sowie durch Zuweisungen des Staates finanziert. Eine umfassende Erklärung zu Umfang und Finanzierung der Sozialleistungen bietet der jährliche Sozialbericht der Bundesregierung: Sozialbericht des Jahres 2017 www.bmas.de ► Publikationen.

+ SOZIALAUSGABEN IN DEUTSCHLAND



+ DAS DEUTSCHE GESUNDHEITSSYSTEM

Das Gesundheitssystem in Deutschland basiert auf den Prinzipien der Versicherungspflicht, der Beitragsfinanzierung und dem Solidaritätsprinzip. Hinzu kommt das Selbstverwaltungsprinzip: Der Staat gibt die Rahmenbedingungen der medizinischen oder rehabilitativen Versorgung vor, die Organisation und Finanzierung der medizinischen Leistungen bleibt jedoch der sogenannten Selbstverwaltung überlassen, die von den Vertretern der Ärzte und Zahnärzte, Psychotherapeuten, von Krankenhäusern, Krankenkassen und Versicherten gebildet wird.

Seit Bestehen des Gesundheitswesens sind immer wieder Reformen vorgenommen worden, um das System auf aktuelle demografische Gegebenheiten abzustimmen. In den vergangenen Jahrzehnten betrafen die Reformvorhaben vor allem die Kostenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ein aktueller Diskussionspunkt in der Politik und der medialen Öffentlichkeit ist die sogenannte „Zwei-Klassen-Medizin“, deren Kritiker unter anderem den möglichen Vorzug und die bessere medizini-

sche Versorgung von privat versicherten Bürgern gegenüber gesetzlich Versicherten aufgrund der unterschiedlichen Ärzthonorare beklagen.

+ INSTRUMENTE DER UMWELTPOLITIK

Der Staat setzt ein breites Instrumentarium in der Umweltpolitik ein:

- » Auflagen und Verordnungen: Verhaltensvorschriften, die bei Nichteinhaltung zu Sanktionen führen (Beispiel: Bundesimmissionsschutzgesetz),
- » Umweltsteuern: Steuern, die ausgehend von Beeinträchtigungen der Umwelt und des Klimas bemessen sind (Energiesteuer, Stromsteuer),
- » Fördermaßnahmen: Schaffung von Anreizsystemen zum umweltfreundlichen Verhalten (Beispiel: Förderung von erneuerbaren Energien).

+ INTERNATIONALE UMWELTPOLITIK

Eine erfolgreiche und nachhaltige nationale Umweltpolitik ist wie die Sicherheitspolitik besonders von internationaler Zusammenarbeit abhängig, denn Umweltschutz ist eine globale Angelegenheit und Verantwortlichkeit. Wichtige Themen der internationalen Umweltpolitik umfassen derzeit vor allem:

- » den Klimaschutz,
- » eine nachhaltige Energiepolitik,
- » den Erhalt der biologischen Vielfalt,
- » den Schutz von Wäldern, Meeren und Böden vor gefährlichen Stoffen,
- » und den Kampf gegen Wüstenbildung.

Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP21) im Dezember 2015 hatten sich erstmals 195 Staaten auf ein rechtsverbindliches weltweites Klimaschutzübereinkommen geeinigt, aus dem die USA im August 2018 unter weltweiter Kritik wieder ausgetreten sind. Dieser globale Aktionsplan soll die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C begrenzen. Von Dezember 2016 bis Dezember 2017 hatte Deutschland den G20-Vorsitz inne. Regelmäßig kommen G20-Vertreter zusammen, um über internationale Klimapolitik oder über die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu diskutieren.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Die SuS recherchieren zur Geschichte der deutschen Sozialversicherung und erarbeiten eine Zeitleiste (Recherchetipp: www.deutscherentenversicherung.de ► Services ► Broschüren & mehr ► Unsere Sozialversicherung). Welche Ursachen führten in der Vergangenheit zu einer Reform oder Weiterentwicklung des Sozialversicherungssystems?
- » Die SuS bereiten eine Podiumsdiskussion zur Debatte um die Abschaffung des dualen Krankenversicherungssystems zugunsten einer Einheitsversicherung. Hierzu recherchieren sie zu unterschiedlichen Positionen und Argumenten, die jeweils via Rollenkarten durch einen Repräsentanten in die Diskussion eingebracht werden.
- » Welchen Aufgabenfeldern und Projekten widmet sich das Umweltamt eures Bundeslandes? Recherchiert auf der entsprechenden Website des Amtes und erörtert, in welchen Bereichen ihr besonders akuten Handlungsbedarf seht.
- » Was bedeutet Umweltschutz und eine nachhaltige Umweltpolitik für euch? Zeichnet Problemfelder und Handlungsoptionen auf und visualisiert eure Ideen in einer digitalen Präsentation oder einer Wandzeitung.

DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND DIE EUROPÄISCHE FINANZPOLITIK (Schülermagazin, Seiten 26 und 27)

+ ENTSTEHUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION (WWU)

Wesentliche Schritte zur Realisierung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes, schrittweise umgesetzt mit dem „Vertrag über die Europäische Union“ (Maastricht-Vertrag) von 1993:

- » Mit dem 1. Juli 1990 begannen die Mitgliedstaaten mit der Liberalisierung ihres Kapitalverkehrs und einer genaueren Koordinierung ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik.
- » Am 1. Januar 1994 schuf das Europäische Währungsinstitut (EWI) – der Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) – die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen zur Einführung der gemeinsamen Währung. Im Mai 1998 standen die ersten elf Länder fest, die den Euro einführen würden: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.
- » Zum 1. Januar 1999 wurde der Euro bereits im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt, aber die nationalen Währungseinheiten behielten bis zum 31. Dezember 2001 weiter ihre Gültigkeit. Die endgültigen Wechselkurse der nationalen Währungen zum Euro wurden per Verordnung bestimmt. Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in zwölf Staaten zugelassen.

Die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den Mitgliedstaaten, die finanzpolitischen Institutionen der EU wie z.B. die unabhängige Zentralbank (siehe Schülermagazin, S. 26) sowie strenge Aufnahmekriterien sollen die Stabilität des Euro in den Staaten der WWU seither sicherstellen.

Quelle: www.bundesregierung.de ► Lexikon

+ DAS EUROPÄISCHE SYSTEM DER ZENTRALBANKEN UND DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Die Europäische Zentralbank, kurz EZB, bildet zusammen mit allen nationalen Zentralbanken der 28 EU-Staaten – unabhängig davon, ob die Staaten den Euro als Währung eingeführt haben oder nicht – das Europäische System der Zentralbanken, kurz ESZB. Für Deutschland ist die Deutsche Bundesbank dort vertreten. Besondere Merkmale der EZB sind ihre Unabhängigkeit von den Regierungen der beteiligten Länder und ihre transparente Informationspolitik. Die Unabhängigkeit soll sicherstellen, dass die EZB allein über ihre Strategie und ihr Vorgehen zur Wahrung der Geld- bzw. Preisstabilität entscheiden kann und nicht politischer Einflussnahme unterliegt. ► Mehr unter www.ecb.europa.eu

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Erstellt eine Übersicht über die Mitgliedstaaten der WWU, indem ihr diese in einer Blankokarte farblich markiert!
- » Wie funktioniert die EZB? Verschafft euch einen Überblick über die Struktur der EZB, ihre geldpolitische Strategie und die geldpolitischen Instrumente mithilfe der Videos unter www.ecb.europa.eu ► About ► Educational. Fasst die Ergebnisse in Kurzreferaten zusammen.

+ DIE GELDPOLITISCHE WIRKUNGSKETTE

Die EZB stellt nur einen kleinen Teil des von uns verwendeten Geldes zur Verfügung und kann daher das Preisniveau von Waren und Dienstleistungen durch ihre Geldpolitik allein nicht unmittelbar beeinflussen. Sie muss dazu einen indirekten Weg einschlagen, um die von den Geschäftsbanken betriebene Geldproduktion zu steuern. Dies tut sie über die Festlegung der Zinssätze, zu denen sich Banken bei ihr Geld leihen oder anlegen (Leitzinsen). Senkt die EZB beispielsweise die Leitzinsen, besagt die modellhafte Wirkungskette der Geldpolitik der EZB, der sogenannte **Transmissionsmechanismus**, dass die Banken die niedrigen Zinsen zunächst an ihre Kunden weitergeben: Investitionen werden durch die niedrigeren Kreditzinsen begünstigt, Geld wird dagegen im Zuge niedriger Einlagenzinsen lieber ausgegeben als gespart. Dadurch steigt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen (deren Preise steigen), und so wird die Konjunktur angekurbelt. Steigende Zinsen wirken entsprechend dämpfend auf die Konjunktur.

+ WICHTIGE GREMIEN IN DER EU

Innerhalb der EU gibt es verschiedene Gremien, die über Wirtschafts- und Finanzfragen beraten und diese koordinieren. Der Rat „Wirtschaft und Finanzen“, auch als **ECOFIN-Rat** bekannt, ist für die Wirtschaftspolitik, für Steuerfragen, für die Finanzmärkte und den Kapitalverkehr sowie für die Wirtschaftsbeziehungen der EU zu Drittländern zuständig. Zudem stellt er den Haushaltsplan der EU auf und kümmert sich um rechtliche und praktische Aspekte des Euroraums. Ihm gehören die Finanzminister aller Mitgliedstaaten an (in manchen Ländern der Wirtschaftsminister). Auch die für Finanzen und Währung zuständigen Mitglieder der Europäischen Kommission nehmen an seinen monatlichen Tagungen teil.

Die **Eurogruppe** ist ein informelles Gremium, in dem die Minister aus den Mitgliedstaaten des Eurowährungsgebiets über eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euroraumes beraten, Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum steuern und die haushaltspolitischen Planungen abstimmen.

- » Bei ihrer Gründung wurde die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank von der Politik festgelegt. Recherchiert die Argumente, die dem damaligen Beschluss zugrunde lagen.
- » 2014 wurde das Aufgabenspektrum der EZB um die Bankenaufsicht erweitert. Erläutert die Hintergründe für diese Entscheidung! Recherchetipp siehe QR-Code.



STABILER EURO UND DIE ZUKUNFT DER WWU

(Schülermagazin, Seiten 27 und 28)

+ EUROEINFÜHRUNG IN NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Die Aufnahme neuer EU-Mitgliedstaaten in die Währungsunion ist neben der Teilnahme am „Europäischen Wechselkursmechanismus“ an bestimmte Kriterien gebunden, die der Vertrag von Maastricht vorgibt, und die sicherstellen sollen, dass alle Euro-Länder solide ökonomische Rahmenbedingungen einbringen:

- » Die Inflationsrate darf in 12 Monaten vor Entscheid über die Währungseinführung den Durchschnitt der drei stabilsten Mitgliedsländer nicht mehr als 1,5 Prozent übersteigen.
- » Ebenso darf der Marktzins für Staatsanleihen eines Beitrittslandes den durchschnittlichen Preis der drei stabilsten Beitrittsländer nicht mehr als 2 Prozent übersteigen.
- » Die Staatsverschuldung darf 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen.
- » Das Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3 Prozent des BIP ausmachen.

+ MAßNAHMEN FÜR EINEN STABILEN EURO

ESM

Als Hilfe für die während der Staatsschuldenkrise im Jahre 2010 in Zahlungsschwierigkeiten geratenen EU-Mitgliedstaaten spannte die EU ab Mai 2010 zunächst einen befristeten Euroschutzschirm auf. Er setzte sich zusammen aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSD). Mit dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), der ab 2012 als permanenter Krisenbewältigungsmechanismus den Euroschutzschirm ablöste, haben die Eurostaaten dann einen dauerhaften Schutz- und Nothilfemechanismus geschaffen. Der ESM gewährt allen Mitgliedstaaten, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, Finanzhilfen unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen in Höhe von maximal 500 Milliarden Euro. Der deutsche Finanzierungsanteil am ESM beträgt 26,96 Prozent. Dies entspricht rund 22 Mrd. Euro eingezahltem und rund 168 Mrd. Euro abrufbarem Kapital.

Haushaltspolitische Koordinierung

Um die akute zu hohe Staatsverschuldung schnellstmöglich zurückzuführen und zukünftige übermäßige Staatsverschuldung nachhaltig zu vermeiden, war es erforderlich, die Wirtschafts- und Währungsunion durch neue Regelungen zu stärken.

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » „Deflation“, „Inflation“ und „Hyperinflation“: Die SuS recherchieren die Bedeutung dieser Begriffe und historische Beispiele. Anhand der Beispiele werden die Ursachen und Auswirkungen auf ein Land in Arbeitsgruppen analysiert, die Ergebnisse auf Übersichtsplakaten oder mithilfe digitaler Präsentationen vorgestellt.
- » Warum haben sich nicht alle EU-Mitgliedstaaten für den Euro als Währung entschieden? Welche Argumente werden in den betreffenden Ländern genannt? Die SuS erarbeiten in Gruppen die Positionen der

- » **Neue Schuldenregeln:** Mit dem Fiskalvertrag, einem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem sogenannten Europäischen Semester haben die europäischen Regierungen ein schlagkräftiges System einer neuen haushaltspolitischen Überwachung geschaffen, um die Haushaltsdisziplin in den einzelnen Staaten zu verbessern und gesunde öffentliche Finanzen für die Zukunft sicherzustellen.

Wirtschaftspolitische Steuerung

Um die Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten und der EU insgesamt zu erhöhen und wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen künftig zu verhindern, wurden neue wirtschaftspolitische Steuerungsmechanismen etabliert, wie z.B.:

- » „**Strategie Europa 2020**“: Die EU soll langfristig ein wachstumsstarker Wirtschaftsraum sein, in dem ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau besteht – mit Investitionen in Forschung und Entwicklung, in den Klimaschutz und in den Energiewandel sowie für die Bekämpfung der Armut.

Europäische Bankenunion

- » Die EZB hat 2014 die Verantwortung für den einheitlichen **europäischen Bankenaufsichtsmechanismus** übernommen und fungiert jetzt als zentrale Bankenaufsichtsbehörde im Euroraum.
- » Seit 2016 gelten **einheitliche europäische Regeln für die Bankenabwicklung** – eine große Schwachstelle in der Finanzkrise von 2008/2009 wurde behoben.
- » „**Einlagensicherung**“: Die Anforderungen an nationale Einlagen-Sicherungssysteme in der EU wurden harmonisiert. Alle EU-Länder müssen **bankenfundierte Einlagensicherungsfonds** aufbauen, damit die Bankeneinlagen der Kunden bis 100.000 Euro garantiert sind.

+ IN DIE ZUKUNFT DENKEN: DIE KAPITALMARKTUNION

Dieses große Maßnahmen- und Reformpaket soll die Abhängigkeit der Wirtschaft von Finanzierungen durch Banken reduzieren. Ziel ist es, Hemmnisse zwischen anlagensuchenden Investoren und kapitalsuchenden Unternehmern abzubauen. Schon bis Ende 2019 sollen die Grundsteine eines einheitlichen EU-Kapitalmarkts entstehen. Schwerpunkte sind Digitalisierung, der einhergehende technologische Wandel in der Finanzindustrie (Stichwort FinTech) und Nachhaltigkeitsaspekte (Stichwort Green/Sustainable Finance).

- » betreffenden Länder und diskutieren zu der Frage, ob eine EU-Mitgliedschaft automatisch auch den Euro als Währung gebunden sein soll.
- » Erläutert die Strategien der EU, die verhindern sollen, dass Steuergelder zur Rettung von in Schieflage geratenen Banken verwendet werden.
- » Zukunft der WWU: Die „Vereinigten Staaten von Europa“, wie klingt das? Sollte Europa stärker zusammenwachsen? In welchen politischen und sozialen Bereichen würde das Sinn machen – in welchen weniger? Sammelt Politikfelder, Argumente und Beispiele und diskutiert die Pro- und Kontrasteite in einer moderierten Podiumsdiskussion.

DER EU-HAUSHALT (Schülermagazin, Seiten 29)

Im Jahr 2017 beinhaltete der **EU-Haushalt** rund 158 Milliarden Euro, was jedoch nur gut einem Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung der EU entspricht. Im Haushaltsplan der EU sind jeweils Obergrenzen, das heißt jährliche Höchstbeträge festgelegt, die die EU innerhalb einer bestimmten Frist für verschiedene Bereiche ausgeben darf, in die aus EU-Perspektive eine Investition sinnvoll erscheint, zum Beispiel:

- » den Ausbau der Infrastruktur, der Energienetze und Kommunikationsverbindungen zwischen den EU-Ländern;
- » der Schutz der Umwelt;
- » die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft oder
- » die Förderung europäischer Wissenschaftler und Forscher.

Die Entscheidung über den Einsatz der Finanzmittel wird jährlich in einem demokratischen Prozess getroffen. Die Europäische Kommission legt einen Haushaltsentwurf vor, welchen der Rat der EU und das Europäische Parlament annehmen müssen. Nach Abschluss eines Haushaltsjahres erstattet die Kommission dem Parlament und dem Rat Bericht über die Verwendung der Mittel und der Europäische Rechnungshof überprüft die Ausgaben, bevor das Parlament die getätigten Ausgaben absegnet. Der größte Anteil der Finanzmittel wurde in der Vergangenheit in die Förderung von Wachstum und Beschäftigung investiert, ein erheblicher Teil wird in der Regel für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums aufgewendet. Weitere Mittel investiert die EU zum Beispiel in

- » die Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung anderer Länder (Entwicklungsländer, EU-Beitrittskandidaten);
- » die Friedenssicherung;
- » die Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen und kriegerischen Konflikten.

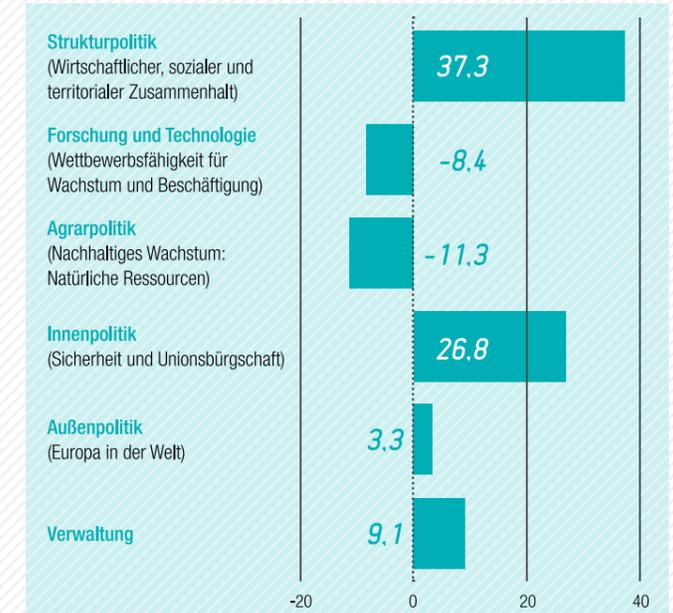
► Weitere Informationen zu den EU-Haushaltsausgaben finden sich im Netz auf den Seiten der Europäischen Union:



+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

- » Stellt den Prozess, in dem der jährliche EU-Haushalt festgelegt wird, in einem Flussdiagramm dar.
- » Tragt Ideen zusammen, für welche Vorhaben der EU-Haushalt eurer Meinung nach künftig Geld ausgeben sollte.
- » Diskutiert die Position des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz zum EU-Haushaltsentwurf von 2018. Vergleicht seine Haltung mit der Position der EU und verfasst anschließend einen Tweet, der eure persönliche Meinung prägnant darstellt.
- » Der Bedarf an Finanzmitteln der EU steigt stetig mit ihren zunehmenden Aufgaben und Verpflichtungen. Um den EU-Haushalt zu erhöhen, wird nun über die Möglichkeit der EU diskutiert, eigene Steuern zu erheben. Recherchiert zu den Argumenten europäischer Politiker in dieser Debatte, stellt sie vor und nehmt Stellung!

+ EU-FINANZEN IM WANDEL POLITISCHER HERAUSFORDERUNGEN (in % vom Gesamtetat)



Quelle: Europäische Kommission, 2018

Der EU-Haushalt wandelt sich. Politikbereiche wie die Agrarpolitik, die früher den Haushalt dominierten, verlieren an Bedeutung. Neue Zuständigkeitsbereiche der EU in der Innen- und Außenpolitik (Sicherheit und Unionsbürgerschaft, Europa in der Welt) finden sich jetzt auch im EU-Haushalt wieder, und Zukunftsinvestitionen (Forschung und Technologie) nehmen mehr Platz ein. Dies wird bei einem Vergleich des aktuellen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 mit dem Finanzrahmen bis 2013 deutlich. Auch im Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 soll der Bereich der Zukunftsinvestitionen weiter gestärkt werden.

- » Erarbeitet die Position und Argumente des Autors in der Debatte um einen EU-eigenen Steuerhaushalt (Lesetipp: www.spiegel.de, siehe QR-Code). Diskutiert anschließend, welche Chancen und Probleme die Realisierung einer eigenen EU-Steuerpolitik mit sich bringen würde.



Der Vorschlag der #EU-Kommission für ein neues EU-#Budget enthält zwar einige positive Ansätze für eine Modernisierung, ist jedoch noch weit von einer akzeptablen Lösung entfernt. Unser Ziel muss sein, dass die EU nach dem #Brexit schlanker, sparsamer und effizienter wird!

17 19 63

Globale Wirtschafts- und Finanzpolitik

(Schülermagazin, Seiten 30 und 31)

+ GLOBALISIERUNG DER FINANZMÄRKTE

Die globale Finanzmarktkrise, die 2007 ihren Anfang nahm, hat gezeigt, wie fragil das internationale Finanzsystem ist. Gleichzeitig wurde aber auch die zentrale Bedeutung des Bankensektors für die Stabilität der nationalen wie der internationalen Wirtschaft deutlich. Nur mithilfe staatlicher Maßnahmen und des Einsatzes staatlicher Garantien konnte ein vollständiger Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert werden. Insgesamt überwiegen bei der Globalisierung die Vorteile die möglichen Nachteile. Für ihre Akzeptanz ist es aber wichtig, dass Entwicklungsländer Unterstützung bekommen, um ihrerseits stärker von der Globalisierung profitieren zu können.

+ INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Deutschland ist Mitglied vieler internationaler Organisationen sowie inter- und multinationalen Institutionen.

DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS (IWF)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde 1944 ins Leben gerufen, um die internationalen Währungsbeziehungen durch wirtschaftspolitische Beratung der Mitgliedsstaaten und eventuelle vorübergehende Gewährung von Finanzhilfen bei Zahlungsbilanzproblemen zu stabilisieren, den Welthandel zu verstetigen und Armut zu bekämpfen. Der IWF besteht aus 189 Mitgliedern (Stand: 2018), er finanziert seine Kreditvergabe aus den Einzahlungen der Mitgliedstaaten (Quoten). Die Höhe der Quote eines Landes wird nach seiner Wirtschaftskraft festgelegt. Die USA sind größter Anteilseigner mit 17,5 Prozent, Deutschland ist mit 5,6 Prozent hinter Japan und China viergrößtes Mitglied. Das Kapital des IWF wird in einer eigenen künstlichen Geldeinheit, den sogenannten Sonderziehungsrechten (SZR), dessen Wert aus den

wichtigsten Währungen der Welt (US-Dollar, Euro, Chinesischer Renminbi, Japanischer Yen und Britisches Pfund) errechnet wird. Der tägliche Wert wird auf der Internetseite des IWF veröffentlicht.

G7 UND G20

Der G7 gehören auch Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die USA und Kanada an. Außerdem ist die EU in Form der Europäischen Kommission bei allen Treffen als Beobachter vertreten. Als G8 umfasste das Bündnis bis zur Krimkrise 2014 zusätzlich Russland. Die Staats- und Regierungschefs der G7 treffen sich auf Einladung der jeweiligen Präsidentschaft einmal jährlich, zuletzt im Juni 2018 in Quebec/Kanada. Diese Treffen bieten die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch Standpunkte auszutauschen. Die Gruppe der 20 (G20) ist das zentrale Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit der bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer. Der G20 gehören neben der EU und den G7-Staaten an: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei.

DIE WELTBANK

Die Weltbank-Gruppe stellt eine Sonderinstitution der Vereinten Nationen dar. Sie wurde zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Juli 1944 gegründet. Seit den 60er-Jahren bekämpft sie Armut in der Welt und fördert den wirtschaftlichen Aufbau sowie Förderung von Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern, indem die Weltbank zinsgünstige Darlehen vergibt sowie die internationale Entwicklungshilfe koordiniert. Spricht man von „der Weltbank“ sind meist die beiden ersten Organisationen, IBRD und IDA, gemeint. Die Weltbank (IBRD) wird von 189 Mitgliedsländern (Stand: 2017), zu denen auch Deutschland seit 1952 gehört, getragen.

Abschottung und mehr wirtschaftliche Autarkie. Sammelt und diskutiert gemeinsam die Chancen und Gefahren einer globalisierten Welt. Überlegt, welche Aufgaben ein Staat wie Deutschland angehen muss, damit die Globalisierung gelingen kann.

» Der internationale Währungsfonds (IWF) vergibt Kredite an Länder mit einer Zahlungsbilanzkrise ohne ausreichende Währungsreserven. Recherchiert die Bedingungen, die ein Land erfüllen muss, damit es Gelder des IWF in Anspruch nehmen kann und beschreibt, worin diese investiert werden. Diskutiert abschließend, inwiefern der IWF eine sinnvolle Organisation ist. Recherchetipp: siehe QR-Code

» Recherchiert zu den Auswirkungen der Digitalisierung der Finanzwelt. Welche Chancen bietet die Digitalisierung? Welche Risiken? Veranstaltet eine Podiumsdiskussion, in die ihr eure Argumente einbringt und formuliert ein Abschluss-Statement, das sich aus eurer Diskussion ergibt! Recherchetipp: www.wissenschaft.de ► Technik & Digitales ► Wie Digitalisierung die Finanzwelt wandelt



+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

» Die SuS setzen sich am Beispiel der Modekette „H&M“ mit dem Thema Globalisierung auseinander. Woher stammen die Textilien und Produkte, die sie dort erwerben können? Unter welchen Bedingungen werden sie hergestellt und vertrieben? Die SuS stellen ihre Ergebnisse in der Klasse vor. Abschließend diskutieren sie, ob es „Gewinner“ und „Verlierer“ der Globalisierung gibt und inwiefern die gewonnenen Erkenntnisse Konsequenzen für das eigene Konsumverhalten haben können.

Video-Tipp: ARD Marken-Check: H&M: siehe QR-Code

Die SuS recherchieren und beschreiben, welchen Handelsweg ein deutsches Exportprodukt, zum Beispiel ein VW Golf, nimmt. Was bedeutet die Exportindustrie für Deutschland? Welche Effekte hätte eine Einschränkung des Handels?

» Immer mehr internationale Politiker/innen wollen der Globalisierung Einhalt gebieten und fordern eine Stärkung nationaler Grenzen,

Die Vernetzte Welt gestalten (Schülermagazin, S. 32 und 33)

+ INTERNATIONALE STEUERABKOMMEN

Im Oktober 2014 unterzeichneten Vertreter von 50 Regierungen auf der internationalen Steuerkonferenz in Berlin eine Vereinbarung zum dauerhaften, automatischen Austausch über ausländische Kundendaten bei inländischen Banken und stimmten somit für eine faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses, um den Steuerbetrug und den Rückzug in sogenannte „Steuerparadiese“ einzudämmen.

+ „STEUEROASEN“

Ende 2017 einigten sich die EU-Finanzminister nach Veröffentlichung der Panama- und Paradise Papers auf eine sogenannte „Schwarze Liste“ mit 17 Steuerparadiesen, die zukünftig zu mehr Steuertransparenz und Datenaustausch bewegt werden sollen. Diese Liste wurde im März 2018 nochmals modifiziert; auf der aktuellen Liste befinden sich:

- » Bahamas
- » Barbados
- » Grenada
- » Guam
- » Amerikanische Jungferninseln
- » Macau
- » Mongolei
- » Namibia
- » Palau
- » Panama
- » Samoa
- » Amerikanisch-Samoa
- » St. Kitts und Nevis
- » Südkorea
- » Trinidad und Tobago
- » Tunesien
- » Vereinigte Arabische Emirate

+ DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN (DBA)

DBA sind völkerrechtlich bindende Verträge, die vermeiden sollen, dass die Einkünfte oder das Vermögen einer natürlichen oder juristischen Person, die im Ausland Einkünfte bezieht, doppelt, d.h. vom Herkunftsstaat und vom Staat, in dem die Einkünfte bezogen werden, versteuert werden. Besteht kein solches Abkommen, richtet sich die Verfahrensweise nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der beteiligten Staaten. Innerhalb der Europäischen Union überlagern das EU-Recht sowie die Bestimmungen des EU-Vertrages die jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen.

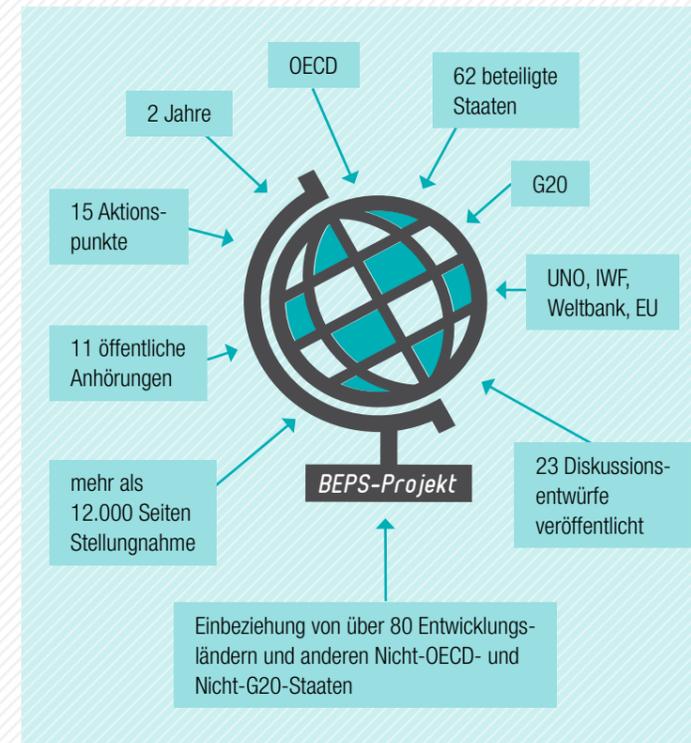
+ BASE EROSION AND PROFIT SHIFTING: (BEPS)-PROJEKT

Das internationale Projekt der OECD und G20-Staaten sowie zahlreicher Entwicklungs- und Schwellenländer wurde 2013 mit dem Ziel ins Leben gerufen, den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und die aggressive Steuerplanung international tätiger Konzerne zu bekämpfen. Im Juni 2017 unterzeichnete der damalige Bundesfinanzminister

Schäuble in Paris zusammen mit Vertretern von über 60 teilnehmenden Staaten das sogenannte Multilaterale Instrument, das Maßnahmen zur zentralen Umsetzung der BEPS Empfehlungen in bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen enthält. Dabei spielt die Europäische Union eine entscheidende Rolle bei der einheitlichen Umsetzung der Ergebnisse, da diese viele der Empfehlungen bereits in verbindliche EU-Richtlinien für ihre Mitgliedsstaaten umgesetzt hat. Die Ratifizierung des Multilateralen Instruments auf nationaler Ebene steht in der Bundesrepublik noch aus und ist für diese Legislaturperiode vorgesehen, sodass erste Anpassungen an den deutschen Doppelsteuerabkommen in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Die Bundesrepublik verfügt über ein wirksames steuerliches Abwehrrecht, was am Beispiel der Zinsschranke und der Hinzurechnungsbesteuerung ersichtlich wird.

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de

+ ERFOLGREICHER ABSCHLUSS DES BEPS-PROJEKTS



Quelle: www.bundesfinanzministerium.de

+ AUFGABEN UND UNTERRICHTSANREGUNGEN

» Nennt wesentliche Ziele, die mit den Doppelbesteuerungsabkommen verfolgt werden. Inwiefern sind diese Abkommen auch Spiegel einer globalisierten Welt?

» Lily möchte nach dem Schulabschluss ein halbes Jahr durch Australien reisen und dabei vor Ort arbeiten („work and travel“), um sich die Reise zu finanzieren. Recherchiert, ob ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Australien existiert, das die Besteuerung regelt. Beschreibt,

welche Konsequenzen sich hieraus für Lily beziehungsweise für ihre Steuererklärung ergeben.

» Auf der sogenannten „Schwarzen Liste“ der Steuerparadiese der EU-Finanzminister finden sich keine Mitgliedstaaten der EU wie etwa Irland oder Luxemburg. Recherchiert zu den Beweggründen, EU-Mitgliedstaaten von der Liste auszunehmen, und diskutiert diese Entscheidung!

» Erklärt, mit welchen Zielen und Methoden das BEPS-Projekt die internationale Erosion der Steuerbasis bekämpfen will.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF)



Bestellen Sie die Materialien Finanzen & Steuern 2018/2019 kostenlos im Klassensatz!

Jedem Klassensatz liegen 30 Schülerhefte und eine Lehrerbegleitbroschüre, jeder Sendung ein Foliensatz bei. Solange der Vorrat reicht. Bestellmöglichkeit (unter Angabe der Lieferanschrift) per Telefax: 06123/92 38-244, E-Mail: jubi@vuservice.de oder im Internet: www.jubi-shop.de.

Anfragen an das Bundesministerium der Finanzen zum Projekt Finanzen & Steuern können an die folgende Adresse gerichtet werden: Bundesministerium der Finanzen – Referat Bürgerangelegenheiten – 11016 Berlin, E-Mail: poststelle@bmf.bund.de